

Bildungsvolksbegehren
Parlamentarischer Sonderausschuss tritt heute zum zweiten Mal zusammen

Ö1 Morgenjournal, 16.04.2012 (Quelle: ORF)

(Transkript)

Nach dem Bildungsvolksbegehren wurde ein Sonderausschuss gegründet, der heute zum zweiten Mal zusammentritt. Die Experten sind sich einig: Der wichtigste Schritt wäre es, die Organisation des Schulwesens dem Bund zu übertragen. Da agiert allerdings vor allem die ÖVP dagegen, berichtet Stephan Kappacher.

SPÖ und ÖVP haben Experten nominiert, die zur Reform der Schulverwaltung referieren werden – und dahinter merkt man die Absichten. Die SPÖ hat Rechnungshofpräsident Josef Moser eingeladen, und der steht für eine einheitliche Kompetenz des Bundes in allen Schulangelegenheiten. Eine Linie, die an sich auch Verhandlungsposition des Bundes ist, von Rot und Schwarz getragen. Die ÖVP hat sich dennoch für Fritz Enzenhofer, Landesschulratspräsident in Oberösterreich als Referent vor dem Ausschuss entschieden. Und der gilt als überzeugter Vertreter der Linie „Alle Macht im Schulwesen den Ländern“. Für Enzenhofer geht es aber um etwas ganz anderes.

Ich habe vom Landeshauptmann – und das ist der Einzige, der mir eine Weisung geben kann – bisher noch kein diesbezügliche Weisung in irgendeiner Form erhalten, die irgendwo etwas mit Machterhaltung zu tun hätte. Sondern er ist interessiert, dass wir die Schule gut organisieren in Oberösterreich.

Der Bund möchte ja Bildungsdirektionen in den Bundesländern, die er unmittelbar steuern kann. Ist das für den Landesschulratspräsidenten eine Horrorvision? Nein, sagt Enzenhofer.

Es ist nur so, dass die Länder unterschiedliche Aufgaben, unterschiedliche Verantwortungen haben. Da geht's nicht um das Durchgriffsrecht, aber ich verstehe natürlich, dass der Bund bis in die letzte Volksschule hinein regieren möchte. Da, glaube ich, ist das ferne Wien nicht optimal dafür geeignet, sondern da ist es gut, wenn man vor Ort ist und das vor Ort klärt.

Dem fernen Wien werden Machtspiele also sehr wohl zugetraut. Das Hin und Her dürfte also weitergehen, und auf der Strecke bleiben könnten umfassende Reformen. Konkrete Vorschläge dafür werden die Bevollmächtigten des Bildungsvolksbegehrens dem Sonderausschuss heute übergeben. Die Empfehlungen liegen dem Ö1 Morgenjournal vor. Das Schulwesen müsse Bundessache werden, gleichzeitig sollen die Schulstandorte in personellen, pädagogischen und finanziellen Dingen viel autonomer entscheiden können, so die Vertreter des Volksbegehrens, die erstmals auch beim Thema gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen konkreter werden. Vorgeschlagen wird, als ersten Schritt die Volksschule bis zum Ende des zwölften Lebensjahres zu verlängern. Das sollte bis Ende 2014 überwiegend und bis 2016 dann flächendeckend passieren. In einem weiteren Schritt müsse dann die Verschmelzung mit den Hauptschulen bzw. Neuen Mittelschulen und AHS-Unterstufen kommen, was das politisch umstrittene Aus für das Gymnasium in der langen achtjährigen Form bedeuten würde.